

Stadt Gummersbach · Rathausplatz 1 · 51643 Gummersbach
Der Bürgermeister · Postf. 10 08 52 · 51608 Gummersbach



Dezernat II

Vorab per Telefax

Landschaftsverband Rheinland
Frau Landesdirektorin
Ulrike Lubek
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln

Ihr Zeichen	
Ihre Nachricht	
Mein Zeichen	Dez. II
Datum	20.11.2012
Ansprechpartner	Herr Dr. Blau
Büro	Rathaus, 1. OG, 137
Telefon	87-1137
Telefax	87-6138
E-Mail	Dr.Klaus.Blau@stadt-gummersbach.de

Geplante Beteiligung des LVR an der archäologischen Zone/dem jüdischen Museum in der Stadt Köln

Sehr geehrte Frau Lubek,

über die Presse durften die Umlagezahler des Landschaftsverbandes Rheinland, so auch die Stadt Gummersbach als „indirekter“ Umlagezahler über den Oberbergischen Kreis, davon Kenntnis nehmen, dass es sowohl in der Stadt Köln als auch beim LVR konkrete Absichten bzw. sogar Beschlusslagen gibt, das Projekt „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ in Köln gemeinsam auf den Weg zu bringen und offenbar hierfür auch gemeinsame Finanzierungsverantwortung zu übernehmen. Dem Vernehmen nach befindet sich auch der Landschaftsverband derzeit in einem sich „verfestigenden“ Beschlussverfahren in seinen Gremien.

Namens und im Auftrag des Kulturausschusses der Stadt Gummersbach protestiere ich gegen das geplante Vorgehen des LVR, jedenfalls soweit damit offenbar nicht unerhebliche Kostenübernahmen für den Betrieb des Museums durch den Landschaftsverband Rheinland geplant sind.

Wenn die Stadt Köln meint, trotz sich zuspitzender Haushaltsmisere sich ein weiteres Museum leisten zu können bzw. zu müssen, so ist dies die eine Sache. Angesichts der gerade in letzter Zeit selbst im Rat der Stadt Köln offen diskutierten Fragen, was an und wie viel Kultur man sich angesichts hoher Millionen-Defizite im städtischen Haushalt noch leisten kann und will, ist es aus meiner Sicht schon verwunderlich, wenn man sich in ein weiteres finanzielles Abenteuer mit einem Projekt stürzen will, das (zumindest am vorgesehenen Standort) von den Kölner Bürgern auch kritisch hinterfragt wird. Offenbar ist man aufgrund der erheblichen Unsicherheiten hinsichtlich der Baukosten und der Probleme im städtischen Haushalt dann auf den „Königsweg“ verfallen, die laufenden Betriebskosten – und damit ein weiteres wesentliches Risiko – über den Landschaftsverband Rheinland zu Lasten der dortigen Umlagezahler zu finanzieren.

Bankverbindungen

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt
Nr. 190 017 (BLZ 384 500 00)
Postbank Köln
Nr. 10120-503 (BLZ 370 100 50)

Persönlicher Kontakt:

montags - freitags von 8.00 - 12.00 Uhr
donnerstags von 14.00 - 17.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung.

Verbindungen:

Telefon: 02261/87-0
Telefax: 02261/87-600
E-Mail: rathaus@gummersbach.de
Internet: www.gummersbach.de

 Linien 306, 307, 316, 317, 318, 336, 361, 362, 363, Haltestelle Rathaus.  Tiefgaragen Rathaus und Bismarckplatz.

Dies kann in einer Zeit in denen die meisten Umlagezahler des Landschaftsverbandes ihr Leistungsangebot – auch und gerade im kulturellen Bereich – erheblich zurückfahren müssen, nicht der richtige Weg sein. Wir fordern hier eine solidarische Rücksichtnahme der Umlageverbände auf die Haushaltssituationen seiner zahlenden Mitglieder, die keine Mehrbelastungen mehr finanzieren können!

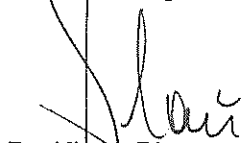
Dem Vernehmen nach hätte aber der Landschaftsverband mit der Inbetriebnahme des Museums (geplant wohl für die Jahre 2016/18) Betriebskosten zu erwarten und zu tragen, die bei mindestens 5 bis 6 Mio. € jährlich liegen! Dass eine solche Mehrbelastung außerhalb der Landschaftsumlage zu finanzieren sein könnte, kann ich mir ernsthaft und dauerhaft nicht vorstellen.

Ich hoffe, sehr verehrte Frau Lubek, dass Sie meinen Protest richtig verstehen: Er richtet sich nicht gegen das Projekt „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ an sich, sondern nur gegen den vorgesehenen „Mitfinanzierungsweg“ über den LVR und der damit perspektivischen Mehrbelastungen vieler Nothaushalts- und Stärkungspaktkommunen, gerade auch im Oberbergischen Kreis.

Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass in der Umlandregion die ohnehin wenigen kulturellen Einrichtungen wegen der Haushaltsnöte geschlossen werden oder akut bedroht sind, während in Großstädten neue Projekte unter Mitfinanzierung der „Ärmsten der Armen“ erfolgen sollen. In Gummersbach jedenfalls hat kein Bürger dafür Verständnis, wenn Stadtteilbüchereien geschlossen werden und ernsthaft über die Schließung des regional bedeutsamen Stadttheaters diskutiert wird, während in Köln neue Vorzeigeprojekte über uns mitfinanziert werden! Entsprechendes gilt sicherlich auch für die Gemeinde Engelskirchen. Wie wollen Sie den dortigen Bürgern klarmachen, dass aus finanziellen Gründen ein museumspädagogisch hervorragendes Industriemuseum erhebliche Einschränkungen erfahren soll und ggf. gar nicht überlebensfähig ist, während man für die Stadt Köln neue Lasten beim LVR übernimmt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mein Schreiben den bei Ihnen zuständigen politischen Gremien zur Kenntnisnahme zuleiten würden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Dr. Klaus Blau
1. Beigeordneter u. Stadtkämmerer